

ten mit ihnen gemeinsame Parties. Und während mutige Journalisten immer mehr Beweise für diese unheilvolle Allianz sammelten, wurde die indonesische Regierung nicht müde zu betonen, eine UNO-Friedenstruppe sei weder notwendig noch erwünscht.

Inzwischen ist klar, dass die Friedenstruppe kommen wird. Die USA und Deutschland, durch jahrelange Militärhilfe und Waffenlieferungen mitschuldig am Völkermord in Osttimor, haben schnell betont, dass sie keine Soldaten bereitstellen werden. Dies könnte den langjährigen (Geschäfts-)Partner im Pazifik verärgern und damit zukünftige ökonomische Interessen gefährden. Hinzu kommt im Fall der USA die Angst, die Regionalmacht China durch militärische Muskelspiele zu provozieren. Immerhin haben Präsident Clinton und auch Bundesaußenminister Fischer den diplomatischen Druck am Ende doch noch erhöht und öffentlich für die Entsendung von Soldaten plädiert. Die heikle Aufgabe, den Frieden in Osttimor wiederherzustellen, übernehmen nun aber andere. Australien wird die Truppe wohl trotz des Widerstands aus Jakarta anfüh-

ren und auch einige ASEAN-Staaten wie Thailand, Singapur oder Malaysia haben Kontingente zugesagt. Das wiederum freut die indonesische Regierung, die einen hohen Anteil asiatischer Soldaten innerhalb der Truppe bevorzugt, um den Gesichtsverlust, den sie durch das Einlenken erlitten hat, wenigstens einigermaßen in Grenzen zu halten.

Bringt die UNO tatsächlich Frieden?

Die Frage ist, was die UNO jetzt noch vor Ort bewirken kann. Neben humanitärer Soforthilfe muss die Entwaffnung und der Rückzug der Milizen oberstes Ziel sein, damit die vertriebenen Menschen dorthin zurückkehren können, wo einmal ihre Häuser standen. Aber ob und wie die Entwaffnung ablaufen wird, ist noch völlig unklar. Die UNO muss sich darauf einstellen, dass die Milizen — möglicherweise Seite an Seite mit Teilen der indonesischen Armee — die Friedenstruppe bis zum Schluss bekämpfen werden. Andererseits ist nicht auszuschließen, dass die Un-

abhängigkeitsgegner die Zeit bis zum Eintreffen der UN-Soldaten für den geordneten Rückzug nutzen werden.

Das Verhalten der Milizen bleibt auch deshalb so schwer vorhersehbar, weil niemand weiß, wer letztlich noch Einfluss auf die Anführer der Mörderbanden wie Eurico Guterres hat. Habibie ganz offensichtlich nicht. Sein ohnehin schon geringes Ansehen beim Militär ist durch seine Osttimor-Politik weiter gesunken. Und ob Verteidigungsminister Wiranto seine Streitkräfte noch unter Kontrolle hat, ist ebenfalls fraglich. Auf wessen Zusagen also soll sich die UNO noch verlassen? Es bleibt zu befürchten, dass sich die Friedenstruppe auf eine langandauernde Präsenz in Osttimor einrichten muss. Denn vor der vorgesehenen Errichtung einer UNO-Übergangsverwaltung könnte noch ein schmutziger Krieg gegen versprengte Paramilitärs stehen, ganz zu schweigen von möglichen Prozessen gegen Guterres & Co. vor einem UNO-Kriegsverbrechertribunal. Bis zur Proklamation des neuen Staates Lorosae (Freies Timor) scheint es noch ein weiter Weg zu sein. 

Bescheidene Menschenrechts(ver)suche

Die nächsten Wochen entscheiden über Erfolg oder Scheitern der Widerstandsbewegung

von Rainer Werning

Läge das unwirtliche und gebeutelte Osttimor irgendwo in Europa, hätte es durchaus Chancen gehabt, von bombengelaunten »humanitären Interventionisten« zumindest ins Visier genommen zu werden. So aber hatte es das historische Pech, jahrelang nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen zu werden. Das soll sich jetzt ändern.

Die »Nelkenrevolution« in Portugal vor 25 Jahren war für seine Kolonien das Fanal zum letzten Gefecht eines verlustreichen Unabhängigkeitskrieges. Was in Afrika Angola, Mosambik und Guinea-Bissau glücken sollte —

zumindest die Eigenständigkeit und staatliche Souveränität zu erlangen —, blieb in Lissabons südostasiatischer Kolonie Osttimor ein bis heute andauernder Alptraum. Nachdem auch dort die letzten portugiesischen Kontingente abgezogen worden

waren, genoss Osttimor gerade mal eine neuntägige Unabhängigkeit: Am 7. Dezember 1975 besetzten dann indonesische Truppen die Region, die sich Jakarta ein Jahr später als 27. Provinz Indonesiens einverleibte.

Genozid im Quadrat der Heimlichkeit

Bis heute betrachten die Vereinten Nationen diese Annexion als völkerrechtswidrig. Doch Menschenrechte sind teilbar, wenn und solange sich mächtigere Interessen der »westlichen Wertegemeinschaft« auf Wichtigeres konzentrieren. Was lag da näher, als sich mit der Regierung des bevölkerungsreichsten Landes in Südostasien und bedeutsamsten Verbündeten in der Region ins Benehmen zu setzen. Schließlich war in Jakarta mit Präsident Suharto ein Mann am Ruder, der seinen Aufstieg (1965/66) zur Macht buchstäblich auf Leichenbergen ermordeter »Kommunisten«, »Aufführer« und »Separatisten« erklimmen hatte. Mit Jakarta ließen sich vorzüglich Geschäfte machen. Groß war der indonesische Markt und größer noch waren die Begehrlichkeiten westlichen Kapitals, dort kräftig zu abzusahnen und Suhartos angepeiltes Aufrücken in den Club der sogenannten Tigerstaaten zu unterstützen. Für alle Beteiligten ein lukratives Geschäft, bis sich die Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer politischen Krise verband und den Despoten im Mai vergangenen Jahres zum Rückzug zwang.

Bis dahin war Osttimor kein Thema. Fernab medialen Interesses konnte es tief in den Morast systematischer Militarisierung und Pauperisierung sinken, ohne daß sich wirksamer Protest politischer Menschenrechtsapologeten erhob. Amnesty international und andere Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen gehen davon aus, daß über 200.000 der annähernd 850.000 EinwohnerInnen zählenden Bevölkerung Osttimors infolge der indonesischen Besatzung ums Leben kamen. »In Prozentzahlen ausgedrückt«, so der Anthropologe Shepard Forman, »handelt es sich hier um die wohl schrecklichste Verletzung von Menschenrechten in diesem Jahrhundert. Neben der Zerstörung menschlichen Lebens ist ein ganzer »Way of Life« vernichtet worden«. Heute weist Osttimor die welt-

Der Autor ist Vizepräsident des International Forum for Child Welfare (IFCW; Genf) und Geschäftsführer der schwerpunktmäßig in den Südpalinen engagierten Freiburger Stiftung für Kinder.



aus: AW v. 30.4.1999, S. 30

Pro-indonesische Milizen

weit höchste Kindersterblichkeitsrate auf, mindestens 70 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt. Bereits im Juli 1994, als das Wort Wirtschaftskrise in Indonesien und der gesamten Region Südostasien noch ein Fremdwort war, konstatierte ein UN-Bericht: »Etwa 82 Prozent der Bevölkerung (Osttimors — R.W.) leben in Armut und über 70 Prozent der Bevölkerung unter 30 Jahren sind arbeitslos«.

Nun war es ausgerechnet der langjährige Suharto-Intimus und dessen Nachfolger, Präsident Bacharuddin Jusuf Habibie, der Anfang des Jahres in die Offensive ging. Die Regierung, so Habibie in seiner verblüffenden Botschaft, sei sich bewußt, daß ihr internationales Ansehen unter dem Osttimor-Konflikt leidet. Überdies belaste dieser Konflikt den Staatshaushalt, schließlich gäbe es in den anderen 26 Provinzen ohnehin genügend soziale und wirtschaftliche Probleme. Dann fragte sich Habibie,

was Osttimor eigentlich Indonesien anzubieten habe und lieferte die Antwort gleich mit: »Reichtum an natürlichen Rohstoffen? Nein. Menschliche Ressourcen? Nein. Technologie? Nein. Steine? Ja.« Um nicht länger ein Stein im indonesischen Schuh zu sein, solle Osttimor noch vor der Jahrtausendwende selbst darüber entscheiden, ob es Autonomie, Unabhängigkeit oder den Verbleib im indonesischen Staatsverband wünsche. Da hatte ein Mann, der Suhartos Politik bis zum bitteren Ende mitgestaltet hatte, die Chuzpe, eine Kehrtwende um 180 Grad zu verkünden und auf einmal kampfflos preiszugeben, was seinem Vorgänger und der Militärkaste so lange ein Herzensanliegen war. Das macht stutzig.

Herausgefordert durch diese unerwartete Bewegung in der Osttimor-Politik waren über Nacht zwei Akteure: Die osttimoresische Widerstandsbewegung Fretilin und die UN. Jahrelang und besonders in Zeiten bröckelnder internationaler Solidarität hatte die Fretilin politisch, diplomatisch und militärisch alles daran gesetzt, sich Gehör und Hilfe zu verschaffen. Erst die Verleihung des Friedensnobelpreises an José Ramos Horta und an den osttimoresischen Bischof Carlos Belo im Jahre 1996 rückte den gottverlassenen Zipfel und die zermürbte Fretilin und ihre Falintil-Guerilla ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Mit der Habibie-Erklärung geriet sie aber auch in Zug-

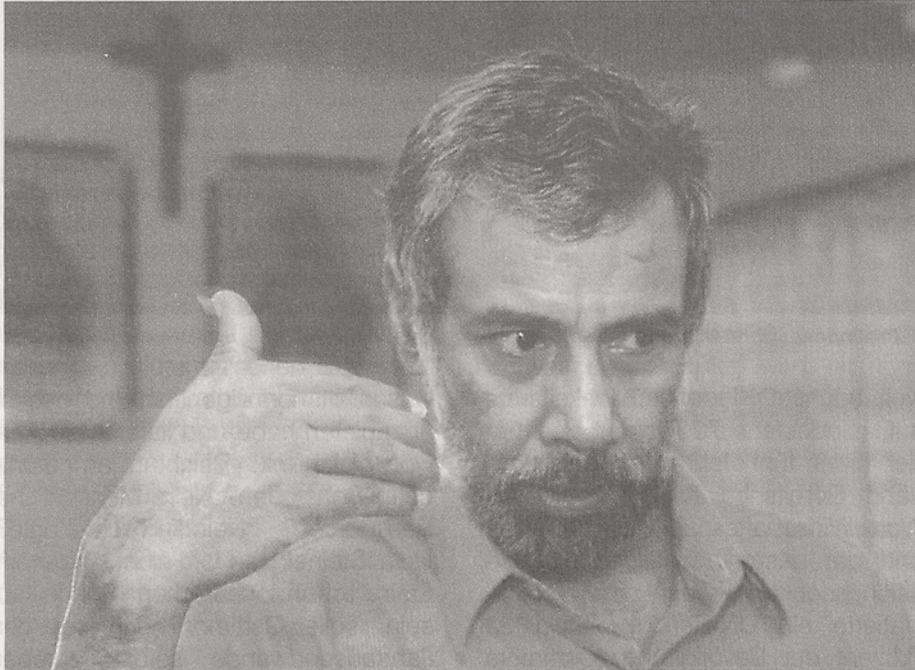


zwang. Die Fretilin muß beweisen, daß sie als Garant eines friedlichen Wandels in Osttimor fungieren kann. Das ist schwer, solange die andere Seite ihrerseits alles daran setzt, den Friedenspfad mit Stolperdrähten zu versehen. Dennoch bietet sich jetzt für die Fretilin und den Nationalen Widerstandsrat für Osttimor (CNRT) unter seinem Präsidenten (und noch

reisen und dort seinen Genossen Gusmao wiedersehen konnte. Indonesiens Außenminister Ali Alatas hatte wenige Tage vorher noch erklärt, Horta würde die Einreise verweigert. Darüber hinaus konnten die Befürworter der Unabhängigkeitsbewegung einen weiteren Erfolg verbuchen: Seit letztem Monat haben immerhin internationale Beob-

tätlich angegriffen und Zeuge, wie im Auftrag — oder zumindest mit Billigung — indonesischer Sicherheitskräfte diese marodierenden Milizen systematisch gegen alle vorgehen, die für Unabhängigkeit optieren. Plünderungen, das Niederbrennen von Häusern und Vergewaltigungen sind vor allem im Landesinneren an der Tagesordnung. Schon jetzt ist absehbar, daß etliche WählerInnen aus Furcht vor Repressalien gegen ihr Gewissen und ihre Überzeugung stimmen bzw. sich an den Wahlurnen kurzerhand für die »Integration« entscheiden werden. Makaber ist überdies die Vorstellung, daß ausgerechnet indonesische Sicherheitskräfte mit der ordnungsgemäßen Überwachung des Referendums betraut sind und die vergleichsweise kleine — dazu unbewaffnete — Schar ausländischer BeobachterInnen und UNAMET-VertreterInnen schier überfordert ist, ihre Mission zu erfüllen.

Darüber hinaus bleibt die Widerstands- und Unabhängigkeitsbewegung mit dem Dilemma konfrontiert, einen mit osttimoresischen Kadern besetzten Verwaltungsapparat aufzubauen. Als langjähriges Objekt externer Kolonialisierung und interner Kolonisierung ist nahezu der gesamte Wirtschafts- und Handelssektor Osttimors heute von indonesischen Geschäftsleuten aus Sulawesi, Java und anderen Inseln dominiert, die ihrerseits ein Interesse daran haben, daß mit dem Status quo auch ihre Pfründe erhalten bleiben. Und erst ein den Namen verdienendes Bildungs- und Ausbildungssystem gestattete es der Fretilin und dem CNRT, einer staatlichen Unabhängigkeit auch eine Eigenständigkeit im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bereich folgen zu lassen. Auf jeden Fall wären sie auf dauerhaft entspannte und gute Beziehungen mit Jakarta und Canberra angewiesen. Erst in den vergangenen Monaten hat der australische Außenminister Alexander Downer durchblicken lassen, daß Australien seine frühere Osttimor-Politik revidieren werde. Um an noch unerschlossene Erdölquellen heranzukommen, hat auch Canberra Jakarta jahrelang ungeniert hofiert und alles getan, um dieses gute bilaterale Verhältnis nicht von Osttimor überschatten zu lassen.



aus: FEER v. 2.9.1999, S. 20

Der seit 1992 unter Hausarrest stehende »Xanana« Gusmao wurde kurz nach dem Referendum freigelassen. Wird er der erste osttimoresische Präsident?

in Jakarta unter Hausarrest stehenden) Xanana Gusmao die historische Chance, ihr Ziel, die Unabhängigkeit Osttimors, zu verwirklichen.

Dornenreiche Friedenssuche

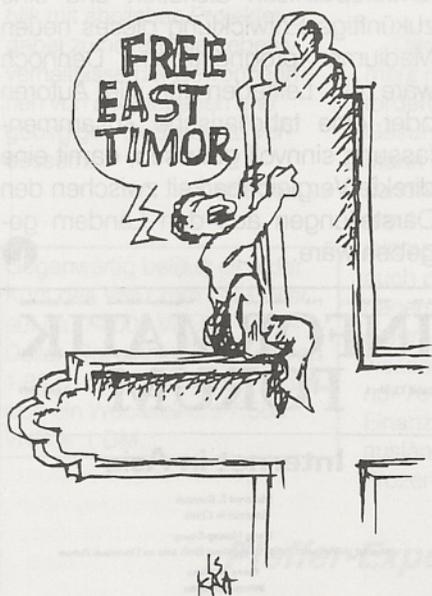
Bereits im April entstand in Jakarta eine Kommission für Frieden und Stabilität. In ihr beraten Gegner und Befürworter der Unabhängigkeit Osttimors im Beisein von Vertretern der Nationalen Menschenrechtskommission und indonesischer Sicherheitskräfte über die Modalitäten des Referendums. Flankiert werden diese Verhandlungen von Treffen im Rahmen des Dialog- und Versöhnungsprogramms, das auf eine Initiative der katholischen Kirche Osttimors zurückgeht. Einen politisch-diplomatischen Punktsieg konnte die Fretilin Ende Juni verbuchen, als José Ramos Horta erstmalig seit der Annexion Osttimors nach Jakarta

achter der UN Assistance Mission to East Timor (UNAMET) in der Hauptstadt Dili Quartier bezogen.

Mehrere Faktoren erschweren allerdings eine tatsächlich friedliche Krisenlösung in Osttimor. Die bis zum Referendum verbleibende Zeit ist zu kurz, solch heikle Fragen wie einen Waffenstillstand und die Entwaffnung der Protagonisten, das Wahlprozedere und die Perspektiven der unterliegenden Seite umfassend zu klären. Je näher der Tag der Abstimmung rückt, umso mehr Waffen kommen in Umlauf, mit denen sogenannte »integrationistische« — sprich: pro-indonesische — Milizen, die binnen weniger Wochen von knapp 20.000 auf mittlerweile etwa 50.000 Mitglieder angewachsen sind, Front gegen ihre Widersacher machen. Bereits die ersten Wochen des UN-Personals in Osttimor haben den dortigen UN-Chef Ian Martin gelehrt, wie dornenreich der Weg zum Frieden ist. Sein Team wurde selbst mehrfach drangsaliiert, gar

Versuche der Instrumentalisierung

Schließlich laufen die Friedensbemühungen Gefahr, politisch instrumentalisiert zu werden. Sollte die Gewinnerin der Parlamentswahlen vom 7. Juni, Megawati Sukarnoputri von der Indonesischen Demokratischen Partei-Kampf (PDI-P), im Herbst Präsidentin werden, wird man sich seitens der Fretilin und des CNRT auf einiges gefaßt machen müssen. Megawati hat mehrfach erklärt, daß sie gegen eine Eigenständigkeit Osttimors ist. Damit steht sie übrigens ganz in der Tradition ihres ebenso charismatischen wie schillernden Vaters und Staatsgründers Sukarno, der sich in seiner Außenpolitik antikolonialistisch und antiimperialistisch gebärdete, doch innenpolitisch tunlichst darauf bedacht war, keinerlei zentrifugale Kräfte zu dulden. Als vehementer Verfechter des javanisch gelenkten Einheitsstaates ging er hart gegen sezessionistische Bestrebungen in Aceh (Nordsumatra) vor und legte den Grundstein dafür,



daß auch Irian Jaya (Westpapua) in den indonesischen Staatsverband integriert wurde.

In Aceh hatte sich bereits 1950 organisierter Widerstand gegen Jakarta formiert, wobei es damals um die Schaffung eines islamischen Staates ging. Später dann übernahm die sogenannte Free Aceh Movement die Forderung nach Unabhängigkeit, der jedoch von den Streitkräften Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre durch großangelegte Aufstandsbe-

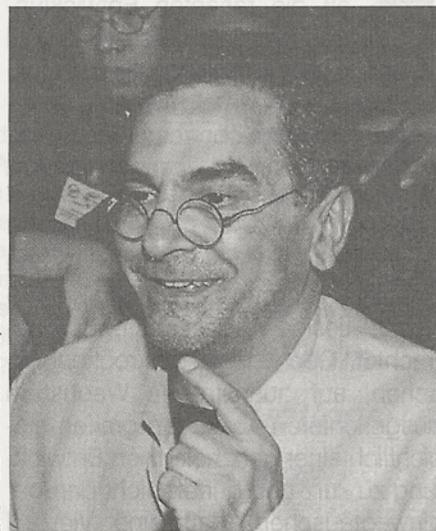
kämpfungs-Programme begegnet, allerdings bis heute nicht endgültig der Riegel vorgeschoben wurde. In Irian Jaya war die Zentralregierung in Jakarta seit 1963 bestrebt, durch manipulierte Wahlen eines etwa 1.000-köpfigen Papua-Ältestenrates die schrittweise Anbindung der Region an Indonesien zu betreiben. Später dann entsandte der Sukarno-Nachfolger Suharto seine Soldateska zur »Befriedung« der zwischenzeitlich entstandenen Organisation Freies Papua (OPM) nach Irian Jaya. Eine Politik, gegen die auch Megawati nie kritische Einwände erhoben hatte.

Bis zu ihrem Zerwürfnis und offenen Bruch mit Suharto im Jahre 1996 (dieser hatte sie unzeremoniell ihres Postens als Vorsitzende der PDI entheben lassen) war sie als Abgeordnete des domestizierten Parlaments nie durch regimekritische Äußerungen aufgefallen. In all diesen Jahren hat Megawati von Suharto zumindest die Lektion gelernt, daß ohne, gar gegen die Militärs kein Staat zu machen ist. Auffällig war denn auch der militärfreundliche Tenor der Sukarno-Tochter während des gesamten Wahlkampfes in den vergangenen Wochen: Mehrfach lobte sie namentlich den mächtigsten Mann im Lande, den Verteidigungsminister und Oberkommandierenden der Streitkräfte General Wiranto, der es verstanden habe, das Militär aus der Politik herauszuhalten (sic!) und als Garant für Stabilität gesorgt zu haben. Im Gegenzug haben Wiranto und andere (Ex-)Generäle der nunmehrigen Präsidentschaftsanwärtin souffliert, daß ein unabhängiges Osttimor den Unabhängigkeitsbestrebungen in Aceh und Irian Jaya Auftrieb geben und den Bestand Indonesiens gefährden könnte.

Es bedarf keiner Fügung des Herrn, um dem Bischof von Dili, Carlos Belo, zu folgen, der kürzlich erklärte: »Unabhängigkeit ist kein Bett aus Rosen. Die Bevölkerung muß sich gründlich darauf vorbereiten und sich über die Risiken im klaren sein«.

Postscript: Angesichts der jüngsten Entwicklungen wurde erst vor wenigen Tagen bekannt, daß nun doch eine bewaffnete UNO-Friedenstruppe nach Osttimor geschickt wird. Damit reagieren Australien als Nachbar, der Indonesiens Besatzungspolitik stets gebilligt hatte, die USA, ohne deren Billigung Indo-

nesien Osttimor nie hätte besetzen können, und die ehemalige Kolonialmacht, die sich nach wie vor zuständig fühlt, mit erheblicher Verspätung auf die eskalierten Gewalttätigkeiten proindonesischer Milizen. Die osttimoresische Unabhängigkeitsbewegung hatte eine solche Truppe schon seit Wochen gefordert. Dies wurde jedoch seitens des Westens lange abgelehnt — mit dem erstaunlichen Argument, schon vor dem Referendum Truppen zu stationieren oder



aus: FEER v. 15.7.1999, S. 17

Friedensnobelpreisträger Ramos-Horta

auch nur allzu laut über eine künftige Friedenstruppe zu sinnieren, könnte die proindonesischen Milizen provozieren, müßten diese doch den Eindruck bekommen, die UNO gehe von deren Niederlage im Referendum aus. Glücklicherweise nistet in Europas südöstlichen Fransen wenigstens ein als UCK-Freiheitskämpfer von einer selektiven Menschenrechtspolitik profitiert ...

Anmerkung:

Der Text wurde bereits kurz vor den jüngsten Ereignissen in Osttimor verfaßt und berücksichtigt daher nicht die jüngsten Entwicklungen.